Indische Eindrücke [Schluss]

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **50 (1971)**

Heft 3

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338362

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

zuwachses zunehmen kann, steigen die Preise. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Grösse des Zahlungsbilanzüberschusses, denn der Saldo der ein- und ausfliessenden Geldströme beeinflusst die inländische Geldmenge. Der inflationäre Druck, der durch einen aktiven Zahlungsbilanzsaldo ausgelöst wird, ist allerdings nicht nur durch die infolge Währungskonversionen gesteigerte Inlandnachfrage zurückzuführen, sondern die den Export steuernde Nachfrage des Auslandes nach inländischen Gütern und Dienstleistungen führt oft zusätzlich zu einer Verteuerung der Produktionsfaktoren in der Exportindustrie, die sich in einer Bankwirtschaft auch auf andere Sektoren überträgt und das allgemeine Preisniveau nach oben drückt. Eine passive Leistungsbilanz bedeutet, dass ein Staat mehr Güter und Dienstleistungen vom Ausland bezieht, als er ins Ausland liefert. Sie bewirkt meist eine Verkleinerung der inländischen Geldmenge, müssen doch die Importeure mit inländischer Währung mehr ausländische Devisen kaufen, als die Exporteure durch den Verkauf ihrer Güter und Dienstleistungen beziehen. Die inländische Währung gerät unter Abwertungsdruck. Je grösser der Aussenhandelsanteil eines Landes ist, desto mehr Aufmerksamkeit muss es seiner Zahlungsbilanz widmen, um eine sinnvolle Konjunkturpolitik zu bestreiten. Da kleinere Länder in starkem Masse vom Aussenhandel abhängig sind, stellt sich für sie dieses Problem besonders ausgeprägt.

Dr. J. W. Brügel

Indische Eindrücke*

Das Verhältnis zu Israel

Ernster ist, dass Indira Gandhi in der Frage des Nahen Ostens der sowjetisch-arabischen Linie sklavisch folgt, was kaum – wie es manche darzustellen versuchen – aus Rücksicht auf die mohammedanische Minderheit in Indien geschieht. Die PSP (die viele mohammedanische Mitglieder hat) kritisiert die Haltung der indischen Regierung gegenüber einem von demokratischen Sozialisten geführten Staat wie Israel. Man hat Israel nur einen Konsul in Bombay zugestanden, der bloss beschränkte Befugnisse hat, und Indien ist in Israel überhaupt nicht vertreten. Dabei hat Israel im Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan nicht wie die meisten anderen Staaten sich neutral verhalten, sondern Indien aktiv unterstützt und das Land mit Waffen beliefert – ganz abgesehen von den anderen israelischen Aktionen im Rahmen der Entwicklungshilfe, die Indien zugute gekommen sind. Wenn man von Ceylon und Singapur ab-

* Vgl. dazu Profil 2/71

sieht, sind Indien und Israel die einzigen demokratisch regierten Staaten Asiens, und es ist eine bittere Ironie, dass es zwischen ihnen nicht einmal diplomatische Beziehungen geben soll. Auch die SSP kritisiert Indira Gandhi wegen allzu grosser Abhängigkeit von der sowjetischen Politik, aber diese Partei ist vorwiegend innenpolitisch orientiert, und man hat den Eindruck, dass ihre Kritik an Indira Gandhis Aussenpolitik mehr dem Bestreben dient, ihr in jeder Beziehung Schwierigkeiten zu machen, als einer ehrlichen Analyse der Situation.

Die indischen Kommunisten

Die kommunistische Bewegung in Indien wäre einer eigenen Betrachtung wert, aber hier müssen wir uns auf einige Bemerkungen beschränken. Sie ist natürlich – wie könnte es auch anders sein, in einem Land mit soviel Hunger und Elend? – eine Bewegung des sozialen Protestes. Aber ebensowenig wie die beiden sozialdemokratischen Parteien ist eine der drei kommunistischen Fraktionen eine Arbeiterpartei im europäischen Sinne des Wortes. Die Industriearbeiter machen trotz eines höchst erfolgreichen Industrialisierungsprozesses immer noch bloss 1 Prozent der indischen Bevölkerung aus, und alle politischen Parteien, von Intellektuellen gegründet, stützen sich auf die verschiedensten Volksschichten. Die PSP (150 000 Mitglieder) die am ehesten den Zuschnitt einer europäischen sozialdemokratischen Partei hat, besitzt durch ihre Verbindung mit der ihr ideologisch nahestehenden Gewerkschaftszentrale Hind Mazdoor Sabha (etwa 500 000 Mitglieder) einigen Anhang in Arbeiterschichten, aber ihre Hauptstärke sind landlose Kleinbauer. (Neben dem HMS gehören dem Bund Freier Gewerkschaften auch der Indische Gewerkschaftskongress mit etwa 1,3 Millionen Mitgliedern an, der in früheren Jahren die Kongresspartei offiziell unterstützte, seit ihrer Spaltung aber auf politische Unabhängigkeit Wert legt. Die dem Weltgewerkschaftsbund angehörende, kommunistisch dirigierte Gewerkschaftszentrale mit 600 000 Mitgliedern ist kürzlich in zwei Gruppen zerfallen.) Die sehr alte indische kommunistische Partei hat sich vor Jahren in zwei einander heftig bekämpfende Teile gespalten. Die offiziell von Moskau anerkannte und Moskau in allen Einzelheiten folgende KP Indiens (sie hat auch die Besetzung der Tschechoslowakei 1968 ausdrücklich gebilligt) wird wütend von einer anderen kommunistischen Partei bekämpft, die sich Marxistische Kommunistische Partei (CPM) nennt. Sie versuchte ursprünglich, mit Peking zu kokettieren, ist aber wieder davon abgekommen und behauptet, den rechtgläubigen Moskauer Orthodoxismus zu vertreten. Das Merkwürdige ist, dass man in Moskau zwar nur die CPI als rechtsgläubig anerkennt, aber für die CP(M) freundliche Worte und keineswegs solche der Verdammung hat. Die Geschäfte Pekings besorgt die kleine CP(ML), wobei ML marxistisch-leninistisch bedeutet. Der grundlegende Unterschied zwischen CPI und CP(M) ist, dass die erstere behauptet, Indien

auf friedlichem Wege in eine «Volksdemokratie» verwandeln zu wollen, während die CP(M) offen den Sturz der Verfassung als ihr Ziel verkündet. Im Zentralparlament sind beide Parteien ungefähr gleich stark, die CPI hat 22, die CP(M) 19 Mitglieder. Beide Parteien sind hervorragend organisiert und besitzen eine wohldisziplinierte Anhängerschaft. In dem Bestreben, den Teufel durch Belzebub auszutreiben, hat es besonders in den Regierungen der Gliedstaaten manche Kombinationen zwischen der von Indira Gandhi geführten Kongresspartei und der CPI gegeben. Bei einer Nachwahl in Bombay hat kürzlich die Regierungs-Kongresspartei sogar den CPI-Kandidaten offiziell unterstützt. Das alles geschieht, um die als gefährlicher geltende CP(M) von aller Macht fernzuhalten. Interessanterweise wurde uns diese Erwägung auch von der scharf antikommunistischen PSP für den Entschluss angeführt, im südlichsten Gliedstaat Kerala (20 Millionen Einwohner) an einer von der CPI geführten Koalitionsregierung teilzunehnen. Es ist gegenwärtig die einzige Regierung eines indischen Staates, in der die PSP vertreten ist, die den Gesundheitsminister stellt, der zugleich auch Landwirtschaftsminister ist.

Die Naxaliten

Nicht parteikommunistisch dirigiert, aber zweifellos von kommunistischen Gedankengängen angesteckt, ist eine Bewegung, die in den letzten Monaten viel von sich reden gemacht hat, die Naxaliten. Der Name kommt von dem westbengalischen Dorf Naxalbari, in dem es vor 3 Jahren einen Aufstand der Bauern gegeben hat. Gewaltakte, insbesondere gegen die die Bodenreform sabotierenden Latifundisten kommen gelegentlich in allen Teilen Indiens vor, aber Westbengalen ist in letzter Zeit der Mittelpunkt sich immer wiederholender blutiger Unruhen geworden. Die Naxaliten, die ursprünglich auf dem Dorf eine Revolution hervorzurufen versuchten und sich dann mehr auf die Städte konzentriert haben, mögen die grausamste, vor keiner Gewalttat zurückschreckende Gruppe sein, aber zahlenmässig sind sie nur ein paar tausend Menschen und die dauernde Unruhe in Westbegalen ist weit mehr auf die geradezu unerträglichen sozialen Verhältnisse in dem Hexenkessel Kalkutta zurückzuführen als auf irgendeine Agitation, Unruhen und Schiessereien sind dort eine alltägliche Erscheinung. Kalkutta ist die einzige Stadt Indiens, in der es noch eine Strassenbahn gibt; sie arbeitet mit einem Defizit von astronomischen Ausmassen, weil jeder Versuch, die auch für indische Verhältnisse lächerlich niedrigen Tarife zu erhöhen, einen Volksaufstand und die Verbrennung von Strassenbahnwagen usw. hervorruft. Als wir in Kalkutta waren, wurde gerade eine besonders passive Linie der Strassenbahn eingestellt. Es gab Strassenkämpfe, einige Strassenbahnwagen gingen in Flammen auf und sieben Personen wurden erschossen – aber das ist dort nichts Abnormales. Da in Westbengalen, wo die Kommunisten naturgemäss sehr stark sind, nach den letzten Wahlen keine arbeitsfähige Re-

gierung zustandekam, wird der Staat von Delhi aus direkt regiert, doch die Zentralregierung schreckt davor zurück, mit dem Aufgebot ausserordentlicher Polizeigewalt in Westbengalen «Ordnung» zu machen. Das Problem ist natürlich auch mit dem Einsatz von Polizisten nicht zu lösen, aber es ist schwer vorstellbar, wie man in absehbarer Zeit die sozialen Missstände in dem übervölkerten Land auch nur fühlbar lindern könnte.

Indien ist ein Rechtsstaat

Ist die Demokratie in Indien echt? Die Tatsache, dass in regelmässigen Abständen gewählt wird, ist noch kein vollgültiger Beweis für ein wirklich demokratisches Leben. Dass es der zahlenmässig dünnen Schicht der Reichen durch politische Einflüsse auf der Ebene der Gliedstaaten, sogar durch offene Korrumpierung usw. gelingt, Gesetze, wie zum Beispiel das über die Bodenreform, zu sabotieren, haben wir schon angeführt; dass es sich um eine manipulierte Demokratie handelt, gegen deren Methoden man sich aber auch wieder zur Wehr setzen kann, sei an zwei Vorfällen aus der letzten Zeit illustriert.

Im Gliedstaat Uttar Pradesh (Pradesh bedeutet Staat) war eine von der oppositionellen («alten») Kongresspartei geleitete Regierung zustandegekommen. Uttar Pradesh ist der volksreichste Staat mit 90 Millionen Einwohnern, er ist der Heimatstaat von Nehru und seiner Tochter Indira Gandhi, und wenn Indira Gandhi die nächsten Wahlen durch Erzielung einer ihr jetzt fehlenden parlamentarischen Mehrheit gewinnen will, muss sie versuchen, Uttar Pradesh mitsichzureissen. Darum beschloss sie, die dort gebildete Regierung als arbeitsunfähig abzusetzen und «direct rule» aus Delhi einzuführen. Dazu bedurfte sie der Unterschrift des Präsidenten der Republik, der gerade auf einem Staatsbesuch in der Sowjetunion war. Die Sache war ihr wichtig und dringend genug, einen Beamten auf dem Luftweg nach Kiew zu entsenden, wo sich der Präsident gerade aufhielt, um seine Unterschrift einzuholen. Die Regierung von Uttar Pradesh wurde entfernt, aber das rief lebhafte Proteste in der Öffentlichkeit hervor. Die SSP beantragte, den Präsidenten wegen Verfassungsbruchs in Anklagezustand zu versetzen, da sie in der Einführung der «direct rule» einen durch die Umstände nicht gerechtfertigten Willkürakt sah. Die PSP schloss sich dieser extremen Forderung nicht an, protestierte aber gegen diesen Schritt, den sie als einen Missbrauch der Verfassung bezeichnete. Schliesslich machte ein «Eingesandt» in einer Zeitung in Delhi darauf aufmerksam, dass nach der Verfassung der Präsident gar nicht berechtigt ist, Staatsakte im Ausland zu vollziehen. Darauf wurde nach 14 Tagen die «direct rule» wieder aufgehoben und Indira Gandhi musste zusehen, wie sich in Uttar Pradesh eine Regierung etablierte, in der sich alle ihre Gegner zusammenfanden: neben der «alten» Kongresspartei die faschistisch angehauchte Jana Sangh, aber auch die linkssozialistische SSP. Ob diese Lösung nun im Interesse des sozialen Fortschritts liegt, ist eine

andere Frage, aber die öffentliche Meinung hatte sich jedenfalls durchgesetzt.

Ein anderes Problem ist das der ehemaligen Fürsten und Maharadschas, deren es im Augenblick der Selbständigwerdung Indiens nicht weniger als 584 gegeben hat. 45 Prozent der Fläche des alten Indiens (heute der Staaten Indien und Pakistan) wurde bis 1947 nicht als britische Kolonie regiert, sondern stand unter der Herrschaft von Stammesfürsten mit einer gewissen britischen Oberaufsicht. Einige dieser Fürsten waren nur klein und unbedeutend, aber der «Nizam of Hyderabad» regierte ein Gebiet von der Grösse der heutigen Bundesrepublik, das er auch nur nach Anwendung von weit mehr als sanfter Gewalt aus Delhi in das neue Indien eingliedern liess. Je nach der geographischen Lage traten die Fürsten damals ihre Gewalt teils an Indien und teils an Pakistan ab, wofür sie in Indien die verfassungsgemässe Garantie eines steuerfreien Einkommens vom Staat erhielten. Die meisten dieser ehemaligen Fürsten haben sich inzwischen irgendwie in die neue Situation hineingefunden, einige haben ihre Paläste in Hotels umgewandelt, einige sind sogar Abgeordnete der regierenden Kongresspartei. Aber die Tatsache, dass ein Staat mit Millionen dauernd Arbeitsloser und hunderten Millionen dauernd unterernährter Menschen 278 ehemalige regierende Fürsten solche Apanagen in wirklich fürstlichem Ausmasse zahlt, war begreiflicherweise durch Jahre ein Stein des Anstosses. Indira Gandhi versuchte, durch ein Verfassungsgesetz die heute vollkommen unbegründeten Privilegien der ehemaligen Fürsten (die aber nicht ganz ohne Entschädigung ausgegangen wären) abzuschaffen. Das Unterhaus nahm das Gesetz an, im Oberhaus fehlte zur Annahme eine Stimme. Daraufhin führte Indira Gandhi diese zweifellos höchst populäre Massnahme im September 1970 im Wege einer Verordnung des Präsidenten durch. Die Ex-Fürsten wandten sich mit einer Klage an den Obersten Gerichtshof, und die verfassungsrechtlichen Ausführungen ihres Vertreters füllten durch Tage die Spalten der indischen Zeitungen, deren Leser sich kaum in den verwickelten Argumenten richtig auskennen konnten. Schliesslich entschied der Oberste Gerichtshof, dass die Verordnung des Präsidenten verfassungswidrig war, und es bestand auch nicht einen Augenblick die Gefahr, dass sich die Regierung über diese Entscheidung hinwegsetzen würde – Indien ist eben ein Rechtsstaat. Natürlich möchte die Regierung jetzt doch den Versuch machen, die Frage in Form eines Verfassungsgesetzes zu regeln, aber die oberstgerichtliche Entscheidung zusammen mit einer vorher getroffenen macht es zweifelhaft, ob die Sache sich auf diesem Wege wird regeln lassen.

Vorzeitige Neuwahlen

In dieser Situation hat sich Indira Gandhi entschlossen, den gordischen Knoten zu durchhauen und vorzeitig Neuwahlen auszuschreiben, die unter der Devise «Beseitigung unzeitgemässer Privilegien» geführt werden dürften.

Die Frage der Apanagen der Fürsten hat zweifellos diesen Entschluss ausgelöst. Seit 5 Jahren steht Indira Gandhi an der Spitze der volkreichsten Demokratie der Welt; dass sie oft selbstherrlich vorgeht und die Demokratie manipuliert, steht ausser Frage, aber sie manipuliert sie mit ausserordentlichem Geschick. Was immer man an Einzelheiten ihrer Politik oder ihren Methoden auszusetzen haben mag, ändert nichts daran, dass jeder, der diese 53jährige Frau an der Arbeit gesehen oder im Parlament sprechen gehört hat, von Bewunderung für diese einzigartige Erscheinung erfüllt sein muss. Mehr als ein Jahr hat sie ohne feste parlamentarische Mehrheit regiert und sich dabei oft auf die Moskau-hörigen Kommunisten stützen müssen; wenn es auch gelungen ist, die ärgsten Folgen der Hungersnot von 1966/67 zu überwinden, befindet sich das Land im Zustand schwerer sozialer Gärungen, bedingt durch die dauernde Arbeitslosigkeit von Dutzenden Millionen Menschen, die Not, Unterernährung und die Ungelöstheit des Landproblems. Ein sozialistischer Gewerkschaftssekretär sagte uns, die Reallöhne der Arbeiter seien heute noch auf dem Niveau von 1946. Sie sind erschreckend niedrig, das Durchschnittsjahreseinkommen erreicht nicht einmal 200 Franken. Die Not der landlosen Bauern in den Dörfern ist unermesslich. Wenn es bisher nicht zu mehr Gewalttaten gekommen ist, dann ist dies weitgehend auf den von der Religion geförderten Fatalismus der Inder zurückzuführen, ein elendes Dasein als gottgewollt zu akzeptieren und sich der Hoffnung hinzugeben, im nächsten Leben dafür entschädigt zu werden.

Nach den letzten Nachrichten aus Indien hat sich eine gewisse Annäherung zwischen der Regierungspartei Indira Gandhis und der Praja Socialist Party ergeben. Sollten diese Parteien bei den kommenden Wahlen zusammen die Mehrheit erringen, dann wäre Indira Gandhi nicht auf die zweifelhafte Hilfe der Moskau-treuen indischen Kommunisten angewiesen und es könnte die Bahn frei werden für eine von lästigen Rücksichten unabhängige demokratisch-sozialistische Politik in einem Land, das von einem Siebentel der Menschheit bewohnt wird.